

# ***PRESSESPIEGEL***

der CDU in Pankow

August 2023

++ Schulgarten kommt noch: Schulhof in den Ferien verschönt  
S.2++

++ Halteverbot für mehr Sicherheit S.6++

++Barrierefrei ins Standesamt S.9++

++ Als nächstes noch ein Schulgarten S.10++

++ Mehr Sicherheit Gehweg für die Sandbergstraße S.18++

++ Gehweg für die Sandbergstraße S.21++

++ CDU fordert Verkehrsschild S.23++

++ Schon wieder Streit um Finanzierung neuer Berliner Radwege  
S.27++

++ Pakete per Solarschiff S.46++

Datum: 28.07.2023	Medium: Berliner Woche Print
<b>Berliner Woche</b>	Autor: Bernd Wähler Thema: Johannes Kraft

## Schulgarten kommt noch Schulhof in den Ferien verschönt



**Einen Arbeitseinsatz zur Verbesserung der Situation auf dem Gelände der Grundschule Alt-Karow hat der Karower CDU-Abgeordnete **Johannes Kraft** unterstützt.**

Gemeinsam mit Eltern, Lehrern und Schülern bearbeitete er Hecken, Beete und Gebüsch auf dem Pausenhof der Schule an der Bahnhofstraße 32. Zuvor hatte die Schulleiterin Christine Aster den

Abgeordneten bei einem Vor-Ort-Termin auf den schlechten Zustand der Grünanlagen auf dem Schulhof hingewiesen. Dieser versprach schnelle Hilfe. Dieser Arbeitseinsatz war ein erster Schritt.

Weitere Aktionen, um die Situation auf dem Schulgelände zu verbessern, sind bereits in Planung. Gemeinsam mit dem Vorstand der Kleingartenanlage Alt-Karow und der Bürgerstiftung Karow wird noch in diesem Jahr damit begonnen, einen Schulgarten auf dem Schulgrundstück anzulegen, der mit einem Naturlehrpfad verbunden werden soll.

„Ich habe mich der Sache sehr gerne angenommen“, sagt Johannes Kraft. „Vielen Dank an die zuständige Stadträtin Manuela Anders-Granitzki (CDU) und das Straßen- und Grünflächenamt, die unsere erste Aktion mit Mutterboden unterstützt haben.“

Ganz besonders möchte er sich aber bei den Eltern bedanken, die mitgeholfen haben und auch bei all den Schülern, die einen Ferientag darauf verwendet haben, um ihre eigene Schule zu verschönern, so Kraft weiter.

Datum: 03.08.2023	Medium: Berliner Woche Print
<b>Berliner Woche</b>	Autor: Bernd Wähler Thema: Manuela Anders-Granitzki

VORAUSSICHTLICHES ENDE: 2024

## Seit fünf Jahren ist die Schönstraße Baustelle



Zurzeit wird auf der Schönstraße im Abschnitt zwischen Große Seestraße und Blechenstraße gebaut. Der Straßenabschnitt ist komplett gesperrt. • Foto: Bernd Wähler • hochgeladen von [Bernd Wähler](#)

**Die Bauarbeiten zur Erneuerung der Schönstraße sollen voraussichtlich Ende 2024 beendet werden. Das teilt die Stadträtin für Ordnung und öffentlichen Raum, **Manuela Anders-Granitzki** (CDU), auf Anfrage des Verordneten Henrik Hornecker (SPD) mit. Das wären dann sechs Jahre nach Beginn der Bauarbeiten.**

Die Betonung liegt auf dem Wort „voraussichtlich“. Denn an unliebsame Überraschungen und damit verbundene Zeitverzögerungen ist man bei der Erneuerung der Schönstraße inzwischen gewöhnt. Einen ersten Baustopp gab es bereits 2018 kurz nach Baubeginn. Nach massiven Beschwerden von Anliegern gegen das Verkehrskonzept für die Zeit der Bauarbeiten musste ein neues Verkehrskonzept erarbeitet werden. Das brauchte seine Zeit.

Mit dem neuen Verkehrskonzept wurde der erste Bauabschnitt in mehrere kleinere Bauabschnitte unterteilt, um die Versorgung von Ärztehaus und Gewerbetreibenden

zu sichern. Dieses kleinteilige Arbeiten führte zu weiteren Verzögerungen. Wenig später wurde eine Gashauptversorgungsleitung unter der Straße gefunden, deren Lage nicht mit den Leitungsplänen übereinstimmte. Deshalb war eine Verlegung dieser Gasleitung zu beauftragen und vorzunehmen. Das alles dauerte, sodass es zu weiteren Verzögerungen kam.

Als dann weiter gebaut werden konnte, entdeckte man Schutt im Boden unter dem Straßenbelag. Untersuchungen ergaben, dass dieser Boden speziell entsorgt werden musste. Daraufhin wurde ein regelkonformer Entsorgungsweg erarbeitet, was wiederum umfangreiche und zeitaufwendige Arbeiten mit sich brachte.

Man hofft im Bezirksamt zwar, dass es in den letzten Bauabschnitten nicht mehr zu bösen Überraschungen kommt, aber Stadträtin Anders-Granitzki ist zurückhaltend: „Der Straßenneubau des 4. Bauabschnittes zwischen Große Seestraße und Blechenstraße sowie des 3. Bauabschnittes zwischen Blechenstraße und Amalienstraße bleibt aufgrund der Ausführungserfahrungen der Bauabschnitte 1, 2 und 5 risikobehaftet.“

In den Neubau der Schönstraße sollten ursprünglich etwa 2,8 Millionen Euro investiert werden. Inzwischen betragen die Mehrkosten für die Schönstraße nach Informationen von Anders-Granitzki bereits 1,1 Millionen Euro.

Datum: 05.08.2023	Medium: Berliner Woche Print
<b>Berliner Woche</b>	Autor: Bernd Wähler Thema: CDU-Fraktion Pankow

## Halteverbot für mehr Sicherheit

**BUCH.** Das Bezirksamt soll in der Wolfgang-Heinz-Straße zwischen Groscurthstraße und Karower Chaussee absolutes Halteverbot anordnen, um die Verkehrssicherheit am Knoten Karower Chaussee und Wolfgang-Heinz-Straße zu verbessern. Das beschloss die BVV auf Antrag der CDU-Fraktion. In der Wolfgang-Heinz-Straße zwischen Groscurthstraße und Karower Chaussee parken in dem Wohngebiet immer wieder Lkw. Dies führt zur Verengung der Fahrbahn und zu unübersichtlichen Situationen am Knotenpunkt Wolfgang-Heinz-Straße und Karower Chaussee. An dieser Kreuzung kam es dadurch auch bereits zu Verkehrsunfällen. Mit der Anordnung eines Halteverbots kann „zwar nicht dem unverhältnismäßig hohen Verkehrsaufkommen entgegengewirkt, jedoch zur Übersichtlichkeit und Verkehrssicherheit ein wesentlicher Beitrag geleistet werden“. **BW**

Datum: 05.08.2023	Medium: Berliner Woche Print
<b>Berliner Woche</b>	Autor: Bernd Wähler Thema: Lars Bocian

# Bürgerbeteiligung eingefordert

**FRANZÖSISCH BUCHHOLZ:** Bezirksamt soll alle Planungsunterlagen veröffentlichen

von Bernd Wähler

**Eine Fachjury entschied zwar inzwischen, welcher Entwurf der Umgestaltung des Hugenottenplatzes zugrunde gelegt werden soll – aber werden die Bürger wirklich transparent in die nun anstehende Ausführungsplanung einbezogen?**

Die SPD-Fraktion befürchtet offenbar, dass die Bürgerbeteiligung nicht so stattfinden wird, wie sie sollte. Sie fordert in einem Antrag in der BVV das Bezirksamt auf, das angelegene Bürgerbeteiligungsverfahren zur Umgestaltung des Hugenottenplatzes ernst zu nehmen. Dieser Platz solle unter echter Bürgerbeteiligung wiederbelebt und zu einem Ort umgestaltet werden, an dem sich Menschen gerne aufhalten.

Die SPD stellt in ihrem Antrag konkrete Forderungen zum Bürgerbeteiligungsverfahren. Hierzu zählt, dass die Planungsentwürfe sichtbar auf dem Beteiligungsportal „Mein Berlin“ veröffentlicht werden. Außerdem soll der von der Fachjury ausgewählte Siege-

rentwurf öffentlich auf dem Portal bekannt und deutlich als Entwurf kenntlich gemacht werden. Zusätzlich solle auf die geplanten Bürgerversammlungen und Beteiligungsveranstaltungen vor Ort mit entsprechenden Werbemaßnahmen hingewiesen werden. Des Weiteren wird das Bezirksamt aufgefordert, ausreichend Spielräume im weiteren Planungsprozess vorzusehen, damit Anregungen von Bürgern tatsächlich noch in die Ausführungsplanung eingearbeitet werden können. Diesem Antrag stimmte die BVV einstimmig

zu. Ihre Fraktion sei überzeugt, dass die Umgestaltung von öffentlichen Plätzen am effektivsten und sinnvollsten ist, wenn die Ideen möglichst vieler Berücksichtigung finden, die diesen Ort in Zukunft nutzen werden, erklärt Ulrike Rosensky von der SPD-Fraktion.

Die Forderung nach echter Bürgerbeteiligung unterstützt auch der Wahlkreisabgeordnete Lars Bocian (CDU). „Der Hugenottenplatz ist ein wichtiger Veranstaltungsort in Französisch Buchholz und als Verkehrsfläche gewidmet. Er wird daher auch von der BSR

gereinigt und befindet sich seit einigen Jahren in einem sauberen Zustand.“ Der Siegerentwurf sehe allerdings eine teilweise Umwandlung in eine Grünfläche vor, die nicht mehr von der BSR gepflegt und gereinigt werde, so Bocian.

„Festveranstaltungen, wie zum Beispiel der große Festumzug zu den Buchholzer Festtagen, oder auch die BSR-Kieztage könnten nicht mehr oder nur unter erschwerten Bedingungen stattfinden“, so Lars Bocian. „Gemeinsam mit dem Bürgerverein haben wir in breiter Abstimmung mit den Buchholzern einen Vorschlag zur Begrünung bei voller Nutzbarkeit der Fläche eingereicht. Vorgesehen war eine grüne Barriere zum Rosenthaler Weg, ein mittig stehender Solitärbaum mit umlaufender Sitzmöglichkeit und eine bessere Erschließung des Platzes, um bessere Bedingungen für Gewerbetreibende zu schaffen.“ Von diesen Vorschlägen finde sich allerdings nichts im Siegerentwurf. Wie die von den Verordneten geforderte „echte Bürgerbeteiligung“ umgesetzt wird, werden die nächsten Wochen zeigen.



**Der Abgeordnete Lars Bocian auf dem Hugenottenplatz. Er befürchtet, dass die Vorschläge der Bürger bei den Planungen des Bezirksamts nicht berücksichtigt werden.** Foto: Büro Lars Bocian

Datum: 05.08.2023	Medium: Berliner Woche Print
<b>Berliner Woche</b>	Autor: Bernd Wähler Thema: Dr. Eva Scharfenberg

# Sommerbad auch im Winter nutzen?

**PANKOW:** CDU-Fraktion ist für eine Traglufthalle

von Bernd Wähler

**Schüler im Bezirk sollen auch im Winter die Möglichkeit erhalten, am Schwimmunterricht teilzunehmen. Das fordert die CDU-Fraktion in der BVV auf Antrag ihrer Verordneten Eva Scharfenberg.**

Dazu ist es allerdings nötig, dass mehr Kapazitäten für den Schwimmunterricht in Pankow im Winter zur Verfügung zu stehen. Dafür soll sich das Bezirksamt bei den Berliner Bäderbetrieben einsetzen. Die Bäderbetriebe sollten dem CDU-Antrag zufolge prüfen, inwieweit das Sommerbad Pankow mit einer Traglufthalle überspannt werden kann. Als Vorbild könne beispielsweise das Schwimmbad Seestraße in Wedding dienen.

Der Schwimmunterricht an Pankower Schulen leidet unter dem Mangel an verfügbaren Schwimmbädern im Bezirk. Da das Sommerbad Pankow aktuell nur über ein Freibad ver-



**Eva Scharfenberg schlägt vor, das Sommerbad Pankow im Winter mit einer Traglufthalle zu überspannen.** Foto: CDU-Fraktion Pankow

fügt, müssen die Schüler vor allem im Winter regelmäßig zeitaufwendige Bustransfers, etwa zur Schwimm- und Sprunghalle an der Landsberger Allee, auf sich nehmen. Hinzu kommt, dass wegen des Mangels an Schwimmhallen im Bezirk beim Schwimmunterricht Abstriche gemacht werden müssen oder er mitunter gar nicht stattfinden kann.

Bis zur geplanten Fertigstellung der neuen Schwimmhalle am jetzigen Sommerbad an der Wolfshagener Straße, die nach aktuellen Planungen für 2028 vorgesehen ist, könnte das Becken des Freibades in der kalten Jahreszeit mit einer Traglufthalle überspannt werden, um es auch im Winter und bei widrigem Wetter nutzen zu können.

„Eine Überspannung des Schwimmbeckens im Pankower Sommerbad würde nicht nur den schulischen Schwimmunterricht gewährleisten, sondern auch dem Breitensport zugutekommen“, so Eva Scharfenberg. „Für viele Schüler würden dann auch die zeitraubenden Bustransfers entfallen. Das spart nicht nur Finanzmittel, die dringend an anderer Stelle benötigt werden, sondern schon auch die Umwelt.“

Die Verordneten entschieden, sich mit diesem Vorschlag zunächst im Ausschuss für Schule und Sport zu befassen.

Datum: 05.08.2023	Medium: Berliner Woche Print
<b>Berliner Woche</b>	Autor: Bernd Wähler Thema: CDU-Fraktion Pankow

## Barrierefrei ins Standesamt

**PANKOW.** Das Bezirksamt soll sicherstellen, dass bei allen Terminen und Veranstaltungen des Standesamtes im Rathaus Pankow ein barrierefreier Zugang möglich ist. Kurzfristig sollte der Einsatz von mobilen Lösungen für mobilitätseingeschränkte Personen geprüft werden. Das beschlossen die Verordneten auf Antrag der CDU-Fraktion. Zudem soll das Bezirksamt gemeinsam mit der Behindertenbeauftragten, der AG Barrierefreiheit und dem Beirat für Menschen mit Behinderung ein Konzept für einen barrierefreien Zugang aller Menschen zum Standesamt entwickeln. Dabei ist neben der baulichen Veränderung und einem Wegeleitsystem auch eine ganzheitliche Barrierefreiheit im Rathaus sowie in anderen Verwaltungsgebäuden in den Blick zu nehmen. **BW**

Datum: 05.08.2023	Medium: Berliner Woche Print
<b>Berliner Woche</b>	Autor: Bernd Wähler Thema: Johannes Kraft

## Als nächstes kommt noch ein Schulgarten

**KAROW:** Schüler verschönten gemeinsam mit Abgeordnetem in den Ferien ihren Schulhof

von Bernd Wähler

**Einen Arbeitseinsatz zur Verbesserung der Situation auf dem Gelände der Grundschule Alt-Karow hat der Karower CDU-Abgeordnete Johannes Kraft unterstützt.**

Gemeinsam mit Eltern, Lehrern und Schülern bearbeitete er Hecken, Beete und Gebüsch auf dem Pausenhof der Schule an der Bahnhofstraße 32. Zuvor hatte die Schulleiterin Christine Aster den Abgeord-



Der Abgeordnete Johannes Kraft (Bildmitte) unterstützt die Grundschule in Alt-Karow dabei, ihren Schulhof zu gestalten. Foto: Büro Johannes Kraft

neten vor Ort auf den schlechten Zustand der Grünanlagen auf dem Schulhof hingewie-


sen. Dieser versprach schnelle Hilfe. Dieser Arbeitseinsatz war ein erster Schritt.

Weitere Aktionen, um die Situation auf dem Schulgelände zu verbessern, sind bereits in Planung. Gemeinsam mit dem Vorstand der Kleingartenanlage Alt-Karow und der Bürgerstiftung Karow wird noch in diesem Jahr damit begonnen, einen Schulgarten auf dem Schulgrundstück anzulegen, der mit einem Naturlehrpfad verbunden werden soll.

„Ich habe mich der Sache sehr gerne angenommen“, sagt Johannes Kraft. „Vielen Dank an

die zuständige Stadträtin Manuela Anders-Granitzki (CDU) und das Straßen- und Grünflächenamt, die unsere erste Aktion mit Mutterboden unterstützt haben.“

Ganz besonders möchte sich der Abgeordnete aber bei den Eltern bedanken, die bei der Aktion mitgeholfen haben und auch bei all den Schülern, die einen Ferientag darauf verwendet haben, um ihre eigene Schule zu verschönern, so Kraft weiter.

Datum: 08.08.2023	Medium: Berliner Morgenpost
<b>Berliner</b>  <b>Morgenpost</b>	Autor: Thomas Schubert Thema: Johannes Kraft, Lars Bocian

## Geplatzte Tram-Träume: So will Berlin den Kollaps vermeiden **M+**



Aktualisiert: 08.08.2023, 09:56 | Lesedauer: 5 Minuten

Thomas Schubert



Neue Straßenbahnstrecken entscheiden darüber, ob in Pankow riesige Quartiere mit autoarmen Verkehrskonzepten entstehen können. Der Bezirk kämpft für Pläne, die überraschend weit hinter den Erwartungen zurückliegen.

Foto: Thomas Schubert

**Fast 9000 Wohnungen in Pankow sind konkret geplant. Aber die Straßenbahn-Konzepte hinken denen für neue Quartiere hinterher – noch.**

Die Tram ist in Spitzenzeiten heute schon voll und nicht attraktiv genug“, urteilt Kraft

Autoarme Quartiere mit fehlender oder mangelhafter Straßenbahn-Anbindung – das kann nicht funktionieren, warnt der Pankower CDU-Abgeordnete **Lars Bocian**.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article239133697/Geplatzte-Tram-Traeume-So-will-Pankow-den-Kollaps-vermeiden.html>

Datum: 10.08.2023	Medium: Tagesspiegel Pankow Newsletter
<b>TAGESSPIEGEL</b>	Autor: Christian Latz Thema: Manuela Anders-Granitzki

**Nach Streit um Schönhauser Allee: Umbau beginnt noch im August.** Nach langem Hin und Her startet nun in Kürze der Bau des neuen Radstreifens auf der Schönhauser Allee. „Der abschnittsweise Umbau der Schönhauser Allee soll im August 2023 beginnen“, teilte die Senatsverkehrsverwaltung auf eine Anfrage des Grünen-Politikers **Andreas Otto** mit. Die Einrichtung eines Radfahrstreifens auf dem Abschnitt zwischen Eberswalder/Danziger Straße und Gleim-/Stargarder Straße sei nach dem zwischenzeitlichen „Prüf-Stopp“ nun beauftragt.

**Den Umbau verantwortet offiziell** die landeseigene InfraVelo GmbH. „Nach derzeitigem Kenntnisstand ist von einer Fertigstellung und Inbetriebnahme der Radfahrstreifen im 4. Quartal 2023 auszugehen“, teilte das Unternehmen mit. Es könne jedoch zu witterungsabhängigen Verzögerungen kommen.

**Nach aktuellem Planungsstand** entsteht auf dem 720 Meter langen Abschnitt in Prenzlauer Berg [ein mit Betonborden geschützter Radstreifen](#). Dafür entfallen mehr als 100 Autoparkplätze auf den Seitenstreifen. Insgesamt soll der Umbau rund eine Million Euro kosten.

**Zuletzt stand das Projekt auf der Kippe**, weil Berlins neue Verkehrssenatorin **Manja Schreiner** (CDU) alle Bezirke [zu einem temporären Plan- und Baustopp für Radinfrastruktur aufgefordert hatte](#). Nach ihren Angaben sollten diese Vorhaben „überprüft“ und „priorisiert“ werden.

**Nach Angaben des Pankower Bezirksamts** war auch die Schönhauser Allee davon betroffen. „Das Projekt wurde lange vor meiner Amtszeit und in einer ganz anderen gesamtstädtischen Lage geplant“, sagt die zuständige Stadträtin **Manuela Anders-Granitzki** Ende Juni. Es sei „nur logisch“, den umstrittenen Umbau zu überprüfen. Die CDU-Politikerin selbst hielt ihn für nicht notwendig: „Für den Radverkehr im Gebiet um die Schönhauser Allee gibt es aus meiner Sicht gute Alternativlösungen, zum Beispiel in den Nebenstraßen über die Kollwitzstraße, Senefelderstraße, Dunckerstraße rüber zur Neumannstraße.“

**Die Senatsverkehrsverwaltung gibt nun allerdings indirekt zu**, dass der Umbau der Schönhauser Allee nie wirklich infrage gestanden hat. Sie zitiert in einer Antwort die InfraVelo, wonach der Auftrag bereits Anfang Juni an das Unternehmen Mattäi vergeben wurde – also noch mehrere Wochen vor dem ausgerufenen Baustopp zu „Priorisierungszwecken“ der Verkehrsverwaltung.

**Wie es mit dem Rest der Schönhauser Allee weitergeht**, ist dagegen noch unklar. „Welche Abschnitte der Schönhauser Allee in welcher Reihenfolge weiter geplant und gebaut werden, steht zum heutigen Zeitpunkt nicht fest“, erklärte das Bezirksamt Pankow auf Nachfrage der Grünen-Politikerin **Oda Hassepaß**.

**Derzeit befinde sich lediglich der nördlich benachbarte Teilabschnitt** der Schönhauser-Allee-Brücke in Abstimmung zwischen Senat und Bezirk. [Die Brücke soll ab 2025 abgerissen und bis 2030 durch einen Neubau ersetzt werden](#). Die Anlage eines neuen Radstreifens müsste dabei mitgeplant werden. „Weitere Abschnitte der Schönhauser Allee werden derzeit vom Bezirk nicht aktiv geplant“, so das Bezirksamt.

**„Das akzeptieren wir nicht“: Berliner Späti-Verband will gegen Pankower Sitzverbot klagen.** Lästiges Übel oder überlebenswichtig? Vor den Berliner Spätis sammeln sich abends Spaziergänger und Freunde zum Feierabendbier und Austausch. Anwohner **beschweren sich jedoch über den nächtlichen Lärm** – deshalb plant der Bezirk Pankow, [das Aufstellen von Tischen und Stühlen vor Spätis zu verbieten](#).

**Der Berliner Späti e.V.**, die Interessenvertretung der Spätverkaufsstellen, kündigt jetzt an, juristisch **gegen ein mögliches Verbot vorzugehen**. „Das akzeptieren wir nicht“, sagt der Vorsitzende Alper Baba dem Tagesspiegel. Es sei unfair, dass Stühle und Bänke vor Geschäften untersagt werden sollen, aber zum Beispiel nicht vor Bäckereien oder Bars.

**Viele Späti-Betreiber hätten Ausschankgenehmigungen**, seien also gastronomischen Betrieben gleichgestellt. Doch ein großer Teil der Spätverkäufe schenke keinen Alkohol aus, benötige daher keine solche Genehmigung. [„Viele Kunden wollen nur eine Cola oder einen Kaffee trinken.“](#)

**Den pauschalen Vorwurf**, vor Spätis werde lautstark gefeiert, hält der Sprecher für diskriminierend. Die Pankower Ordnungsstadträtin **Manuela Anders-Granitzki** (CDU) behandle die Spätis, die häufig von Menschen mit Migrationshintergrund betrieben werden, anders als andere Unternehmen. Sie setze damit die Politik ihres Vorgängers, des AfD-Mannes **Daniel Krüger**, fort, meint er.

**Anfang Juli hatte Anders-Granitzki** im Pankower BVV-Ausschuss für Mobilität und öffentliche Ordnung [angekündigt, gegen die Sitzmöglichkeiten vorzugehen](#). Das begründete sie mit der Lärmbelastung für die Anwohner. Auf Anfrage schreibt der Bezirk: „Das SGA erarbeitet ein Konzept für die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen zur Sondernutzung von Gehwegen“, etwa für die Außengastronomie.

„**Ein entsprechendes Konzept** existierte bisher in Pankow noch nicht und wir haben die veränderten Vorgaben des Mobilitätsgesetzes zum Anlass genommen, ein solches zu erstellen.“ Inzwischen relativiert der Bezirk die Aussagen der Stadträtin. Bisher sei die Gehwegnutzung unzulässig gewesen, könne jedoch „bei entsprechenden Voraussetzungen“ zukünftig sogar zulässig werden. Aber: „Die abschließende Ausgestaltung des neuen Sondernutzungskonzepts für den Bezirk Pankow, welches die Spätis mit einbezieht, bleibt dem Bezirksamt vorbehalten.“

**Nicht nur in Pankow**, sondern auch in anderen Bezirken beobachtet der Berliner-Verband ähnliche Versuche, das Geschäftsmodell der Späti-Betreiber zu beschränken. „Doch wir leben in einem Rechtsstaat“, sagt Baba.

[Eine Petition gegen ein mögliches Verbot](#) hat inzwischen mehr als 4000 Unterschriften. **Phillip Haverkamp**, Geschäftsführer des Handelsverbandes Berlin-Brandenburg (HBB), ist ebenfalls skeptisch: „Wir stellen uns die Frage: Wie sinnvoll ist es, das in einem einzelnen Bezirk einzuführen?“ Auch die Ungleichbehandlung von Spätis und anderen Gewerben wie Bäckereien hält Haverkamp für rechtlich fragwürdig.

**Auf Bezirksebene formiert sich Widerstand.** Die Bezirksfraktionen der Grünen und Linken heben die Bedeutung der Spätis als günstige Freizeitorte hervor, die FDP verweist auf den bereits bestehenden Lärmschutz: „Wenn es Beschwerden von Anwohnerinnen und Anwohnern zum Lärm gibt, sollten die Spätis genauso wie Gastronomiebetriebe die Tische

und Sitzgelegenheiten nach 22 Uhr nicht mehr nutzen“, sagt **Oliver Simon** dem Tagesspiegel.

**Und im Abgeordnetenhaus?** Sieht man das ähnlich. „Statt immer die Polizei zu schicken, könnte sich die CDU mal ums Gewerbemietrecht kümmern und dafür sorgen, dass weder Kneipen sterben noch Spätis immer neue Angebote erfinden müssen, um die horrenden Gewerbemieten zu bezahlen. Aber anstatt den Hauseigentümer\*innen in die Tasche zu langem, will die CDU lieber dem kleinen Späti-Betrieb die Sitzgelegenheit verbieten“, schreibt **Katalin Gennburg**, Linken-Fraktionssprecherin für Stadtentwicklung.

**Die Grünen-Fraktion** versteht zwar das Ruhe- und Ordnungsbedürfnis der Anwohner, spricht sich aber gegen ein Sitzverbot aus. Vielmehr sollten Betreiber in die Verantwortung genommen werden: „Sie können darauf achten, dass vor der Tür kein Ballermann entsteht und auch gemeinsame Lösungen für das Toiletten-Problem finden“, sagte **Christoph Wapler**, wirtschaftspolitischer Sprecher.

**Selbst die AfD sieht den Vorstoß kritisch.** „In den Innenstadtbezirken einer Viermillionenstadt kann man keine Landruhe erwarten“, schreibt Wirtschaftssprecher **Frank-Christian Hansel** auf Anfrage. Die Betreiber sollten allerdings gegen Lärm vorgehen.

**Auch aus der eigenen Partei kommt Widerspruch** gegen den Vorschlag der Stadträtin: „Ich finde so viel Freiheit wie möglich und nicht wie nötig, gerade für Ortsteile wie Prenzlauer Berg, das macht Berlin aus. Wenn sich die Anwohner gestört fühlen, sollte es vielleicht einen Kiezdialog dazu geben und gemeinsam nach Lösungen gesucht werden“, sagt CDU-Parteikollege **Christian Gräff**, Fraktionssprecher für Wirtschaft. Aber: „Die Politik und Verwaltung dafür verantwortlich zu machen, statt selbst mal mit Nachbarn zu reden ist ein schlechter Trend.“

**Martin Matz**, SPD-Fraktionssprecher für Inneres, kann die Problemlage in Teilen nachvollziehen: Es sei „wichtig, dass genug Raum für Passantinnen und Passanten mit Kinderwagen oder Rollstuhl bleibt. Sollte es bei der pragmatischeren Handhabung bei Spätis tatsächlich derart viele Anwendungsprobleme geben, muss man auch hier gegebenenfalls formalisierter vorgehen.“ Ein generelles Verbot hält er aber für

unangebracht – und in anderen Berliner Regionen seien ihm die Probleme nicht bekannt.  
– Text: **Lotte Buschenhagen** und **Christoph M. Kluge** / Foto:  
Imago/Imagebroker/**Karl-Heinz Spremberg**



Datum: 11.08.2023	Medium: Berliner Woche Online
<b>Berliner Woche</b>	Autor: Ulrike Martin Thema: Johannes Kraft

# Mehr Sicherheit Gehweg für die Sandbergstraße

**In der Sandbergstraße soll es künftig für Fußgänger mehr Sicherheit geben.**

**Die CDU-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung hat einen entsprechenden Antrag eingebracht.**

Dazu soll auf mindestens einer Seite der Sandbergstraße ein Gehweg errichtet werden. Die Straße ist für Anwohner der Böttner-, der Rübländerstraße und der Straße 94 der direkte Fußweg zum S-Bahnhof Karow. Auch die Kinder aus den umliegenden Wohngebieten nutzen diese Verbindung auf ihrem Weg zur Grundschule Alt-Karow.

Auf dem rund 100 Meter langen Abschnitt zwischen der Straße 94 und der Einmündung auf die Streckfußstraße gibt es bisher aber keinen Gehweg. „Die Fußgänger sind also gezwungen, auf der Straße zu laufen“, ist im Antrag zu lesen. Vor allem für die Schulkinder sei dies aufgrund des Verkehrs, der durch die dort ansässigen Gewerbegebiete entsteht, sehr gefährlich. Der Pankower CDU-Abgeordnete **Johannes Kraft** betont: „Um den Kindern einen sicheren Schulweg zu ermöglichen, sollte das

Bezirksamt zeitnah wenigstens provisorisch auf einer Straßenseite eine wassergebundene Deckschicht aufbringen.“

Der Antrag wurde in der Juli-Sitzung der BVV in den Ausschuss für Mobilität und Öffentliche Ordnung überwiesen.

Datum: 12.08.2023	Medium: Berliner Woche Print
<b>Berliner Woche</b>	Autor: Bernd Wähler Thema: Manja Schreiner

# Milliardenschulden für die Energiewende

**BERLIN:** Senat beschließt ein Sondervermögen „Klimaschutz, Resilienz und Transformation“

von Dirk Jericho

**Wie im Koalitionsvertrag von CDU und SPD vereinbart, hat der Senat ein Sondervermögen von fünf Milliarden Euro beschlossen. Das Geld kommt nicht aus dem regulären Haushalt, sondern aus einem Extrakredit, der für die Klimaschutzmaßnahmen aufgenommen wird.**

Finanzsenator Stefan Evers (CDU) nannte das Sondervermögen „ein Kraftpaket, um die Klimaziele schneller zu erreichen und Berlin aus energiepolitischen Abhängigkeiten zu befreien“. Vorerst sollen fünf Milliarden Euro für den Klimaschutz per Kreditermächtigungen außerhalb des regulären Landeshaushaltes aufgenommen werden. Nach einer Evaluation der Einspareffekte bis spätestens Ende 2026 will die Koalition weitere fünf Milliarden Euro für „Klimaschutz, Resilienz und Transformation“, wie das Sondervermögen heißt, ausgeben. CDU und SPD wollen so die Schuldenbremse umgehen und begründen das mit einer Klimanotsituation und „vor allem notwendige Reaktion auf den Ukraine-Krieg und seine energiepolitischen Folgen“.



Die Montage von Solaranlagen auf möglichst vielen Berliner Dächern ist eine Klimaschutzmaßnahme, die aus dem jetzt vom Senat beschlossenen Sondervermögen finanziert werden soll. Foto: anatolij\_gleb, AdobeStock

Der Berliner Rechnungshof und der Bund der Steuerzahler kritisieren die Senatspläne für das Klima-Sondervermögen. „Die Schuldenbremse erlaubt eine Schuldenaufnahme nur in einer außergewöhnlichen Notsituation. Diese muss unerwartet sein und sich einer Kontrolle des Staates entziehen“, sagte Rechnungshofpräsidentin Karin Klingen im Tagesspiegel. Der Rechnungshof bezweifle eine solche Notsituation. Auch der Chef vom Bund der Steuerzahler Berlin, Alexander Kraus, kritisiert die Milliardenschulden als „fiskalischen Dammbreach“. Der Kli-

mawandel stelle keine Notlage dar, er komme weder unerwartet, noch sei er außergewöhnlich.

Konkrete Projekte, was genau mit den Milliarden gemacht werden soll, gibt es noch nicht. Im Gesetz zum Sondervermögen sind vier Klimaschutzbereiche festgelegt: Gebäude, Verkehr, Wirtschaft und Energie. Es geht zum Beispiel um mehr Solaranlagen auf Dächern, energetische Sanierung von Gebäuden, Ausbau von E-Mobilität, Investitionen in Fuß- und Radverkehr, klimaneutrale Energieerzeugung, Infrastruk-

tur für die Energie- und Wärmewende und vieles mehr. „Um erheblichen Schaden für alle Berlinerinnen und Berliner abzuwenden, gehen wir die notwendigen Klimaschutzmaßnahmen jetzt an, anstatt sie in die Zukunft zu verschieben. Wir finanzieren Maßnahmen, die helfen, Energie einzusparen und beschleunigt auf regenerative CO<sub>2</sub>-neutrale Energiequellen zu setzen“ sagt Stefan Evers.

Ab kommendem Jahr sollen erste Klimaschutzprojekte aus dem Extratopf finanziert werden. Ein Lenkungsausschuss

soll alle konkreten Projekte auf die definierte Zweckbestimmung überprüfen, Maßnahmen priorisieren und Empfehlungen für die Auswahl und Finanzierung geben. „Die abschließende Entscheidung trifft jeweils der Hauptausschuss im Abgeordnetenhaus“, heißt es. „Es wird kein Windhundprinzip geben nach dem Motto, wer zuerst da ist, wird bevorzugt“, sagt Evers.

Umweltsenatorin Manja Schreiner (CDU) nannte im rbb als ihre Lieblingsprojekte zum Beispiel Maßnahmen für Regenwassernutzung und Tiefengeothermie. 20 Prozent der benötigten Heizwärme könnten zukünftig durch Erdwärme ersetzt werden. Erste Erkundungsbohrungen nach heißem Wasser in 4000 Meter Tiefe finanziert der Senat auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tegel, auf dem Campus Buch sowie am Heizkraftwerk Neukölln. Der Senat hat inzwischen eine „Roadmap für Tiefengeothermie“ beschlossen, um weitere Wärmequellen im Untergrund zu finden. Die geschätzten 98 Millionen Euro dafür sollen ebenfalls aus dem Sondervermögen für Klimaschutzinvestitionen finanziert werden.

Datum: 12.08.2023	Medium: Berliner Woche Print
<b>Berliner Woche</b>	Autor: Bernd Wähler Thema: CDU-Fraktion Pankow, Johannes Kraft

# Gehweg für die Sandbergstraße

## KAROW: Mehr Sicherheit für Schulkinder gefordert

von Ulrike Martin

**In der Sandbergstraße soll es künftig für Fußgänger mehr Sicherheit geben. Die CDU-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung hat einen entsprechenden Antrag eingebracht.**

Dazu soll auf mindestens einer Seite der Sandbergstraße ein Gehweg errichtet werden. Die Straße ist für Anwohner der Böttner-, der Rübländerstraße und der Straße 94 der direkte

Fußweg zum S-Bahnhof Karow. Auch die zahlreichen Kinder aus den umliegenden Wohngebieten nutzen diese Verbindung auf ihrem Weg zur Grundschule Alt-Karow.

Auf dem rund 100 Meter langen Abschnitt zwischen der Straße 94 und der Einmündung auf die Streckfußstraße gibt es bisher aber keinen Gehweg. „Die Fußgänger sind also gezwungen, auf der Straße zu laufen“, ist im Antrag zu lesen. Vor allem für die Schulkinder

sei dies aufgrund des Verkehrs, der durch die dort ansässigen Gewerbegebiete entsteht, sehr gefährlich. Der Pankower CDU-Abgeordnete Johannes Kraft betont: „Um den Kindern einen sicheren Schulweg zu ermöglichen, sollte das Bezirksamt zeitnah wenigstens provisorisch auf einer Straßenseite eine wassergebundene Deckschicht aufbringen.“

Der Antrag wurde in den Ausschuss für Mobilität und Öffentliche Ordnung überwiesen.

Datum: 12.08.2023	Medium: Berliner Woche Print
<b>Berliner Woche</b>	Autor: Bernd Wähler Thema: Jörn Pasternack

# Die erste Berliner Compartmentschule

**BUCH:** Alter Plattenbau an der Karower Chaussee wich einem modernen Schulgebäude

von Bernd Wähler

**Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch (CDU) hat gemeinsam mit den Staatssekretären Alexander Slotty (SPD, Bauen) und Torsten Kühne (CDU, Schulbau) sowie Schulstadtrat Jörn Pasternack (CDU) die neue vierzügige Grundschule an der Karower Chaussee 97 eingeweiht.**



Die Staatssekretäre Alexander Slotty und Torsten Kühne, Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch, Schulstadtrat Jörn Pasternack und Schulleiter Marcel Ricken (hintere Reihe von links nach rechts) übergaben symbolisch einen Schlüssel an die ersten Schüler der neuen 50. Grundschule, die nach den Ferien ihr Schulgebäude in Besitz nehmen können. Foto: Bernd Wähler

Offiziell geht sie mit der Bezeichnung „50. Grundschule in Pankow“ ans Netz, bis sich die Schulgemeinschaft auf einen anderen Namen verständigt hat. Auch wenn das Schulgebäude jetzt eröffnet wurde: Gegründet worden ist die Schule bereits vor einem Jahr, berichtet Schulleiter Marcel Ricken. Sie ging mit vier 1. Klassen an den Start. Unterrichtet wurden diese an drei Schulstandorten im Norden des Bezirks. Eine Klasse konnte Räumlichkeiten in der Grundschule Am Sandhaus nutzen, eine weitere in der Grundschule im Panketal und zwei in der Grundschule am Hohen Feld. Um die Schüler kümmern sich sechs Lehrkräfte und vier Erzieherinnen.

„Es ist sicher ungewöhnlich, dass eine Schule bereits existiert, ehe sie ein Schulgebäude hat“, sagt Marcel Ricken. „Aber es ist auch schön, wenn man den Aufbau des Gebäu-

des selbst verfolgen kann. Wir lernten im zurückliegenden Jahr viele Menschen kennen, die uns unterstützten.“ Dazu gehörten Bauleute, Hausmeister, Mitarbeiter in den Verwaltungen, aber auch die Schulleitungen der drei Schulen, in denen die Klassen unterrichtet wurden. Ihnen allen dankte der Schulleiter ausdrücklich und gesteht: „Nun sind wir allerdings froh, dass wir unser eigenes Schulhaus haben, in dem wir in das neue Schuljahr starten können.“

Das Grundstück, auf dem das neue Schulhaus sowie die Schulsporthalle entstanden, ist vielen Nordost-Berlinern seit rund 50 Jahren als Schulstandort bekannt. Bis 2010 war die Hufeland-Oberschule hier

in einem Plattenbau untergebracht. Nach deren Umzug in die nahe gelegene Walter-Friedrich-Straße stand das alte Schulgebäude jahrelang leer. Sogar über eine Vermarktung des Grundstücks wurde nachgedacht. Doch dann zeichnete sich ab, dass Pankow künftig weit mehr Grundschulplätze benötigt, als noch Anfang des Jahrtausends prognostiziert worden ist. Deshalb blieb das Grundstück in öffentlicher Hand, damit hier eine neue Schule entstehen kann.

Seit 2017 wurde an der Schule geplant. Von Oktober 2020 bis März 2021 erfolgte der Abriss der alten Bausubstanz, die sogenannte Baufeldfreimachung. Außerdem mussten Altlasten entsorgt, eine

Kampfmittelsondierung und Baumfällarbeiten durchgeführt werden. Ab Oktober 2021 begannen die eigentlichen Baumaßnahmen zur Errichtung des neuen Schulgebäudes und der Sporthalle.

Das Besondere an dieser Schule ist, und nicht zuletzt deshalb kam Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch zu Eröffnung: Es ist die erste im Land Berlin, die nach dem neuen Raumkonzept der Berliner Lern- und Teamhäuser, dem sogenannten Compartmentprinzip gebaut wurde. Ein Compartment setzt sich aus Klassen-, Gruppen- und Teamräumen zusammen, die sich um ein Forum gruppieren. Sie ermöglichen unterschiedliche Lernformen und

bieten zugleich Platz für Rückzug und Erholung, erklärt die Senatorin. Des Weiteren gibt es im neuen Schulgebäude eine Bibliothek, eine Lehrküche und eine Mensa. In der neuen vierzügigen Grundschule können perspektivisch bis zu 576 Schüler unterrichtet werden.

Zum Schulneubau gehören eine Sporthalle und gestaltete Außenanlagen. Die Sporthalle steht nachmittags und an Wochenenden auch Vereinen zur Verfügung. Im Zuge der Baumaßnahme wird entlang des Schulgrundstücks in der Ernst-Ludwig-Heim-Straße außerdem ein neuer Bürgersteig angelegt. Der Haupteingang zum Schulgelände befindet sich ebenfalls in der Ernst-Ludwig-Heim-Straße. Alle Bauarbeiten an diesem Standort kosten insgesamt rund 50 Millionen Euro.

Schulstadtrat Jörn Pasternack freut sich vor allem darüber, dass sich die Versorgung mit Grundschulplätzen in den Ortsteilen Buch und Karow mit der neuen Schule entscheidend verbessert. In den nächsten Monaten werden noch weitere neue Schulen in Pankow an den Start gehen, so der Stadtrat, unter anderem an der Rennbahnstraße in Weißensee und an der Conrad-Blenkle-Straße in Prenzlauer Berg.

Datum: 17.08.2023	Medium: Berliner Woche Print
<b>Berliner Woche</b>	Autor: Bernd Wähler Thema: Johannes Kraft

## CDU fordert Verkehrsschild

**Französisch Buchholz.** Die CDU-Fraktion in der BVV und der Pankower CDU-Abgeordnete **Johannes Kraft** wünschen sich mehr Sicherheit auf der Bucher Straße. Die Fraktion hat dazu einen Antrag eingebracht, in dem sie das Bezirksamt auffordert, ein Verkehrsschild in Fahrtrichtung Karow/Buch anzubringen. Es soll rechtzeitig auf die Einengung der Fahrbahn auf eine Spur hinweisen. In der Bucher Straße ist aufgrund ihrer Zubringerfunktion zur Autobahn A114 viel Verkehr. Die Straße verläuft aus Französisch Buchholz auf der Brücke über die Autobahn zweispurig, verengt sich jedoch dahinter. Auf der Fahrbahn gibt es entsprechende Hinweispfeile, es komme aber durch den plötzlichen Spurwechsel regelmäßig zu gefährlichen Situationen, so Kraft. „An der Ampelanlage an der Brückenrampe sollte mit einem Verkehrsschild deutlich vor der sich ändernden Straßenführung gewarnt werden“, so der Abgeordnete weiter. **Uma**

Datum: 17.08.2023	Medium: Tagesspiegel
<b>TAGESSPIEGEL</b>	Autor: Christian Latz Thema: Dirk Stettner



**T+** **Exklusiv / „Es gibt keine Zeit zu verlieren“** CDU-Fraktionschef Stettner will Entscheidung zum Tempelhofer Feld bis 2025

Berlins CDU-Fraktionsvorsitzender **Dirk Stettner** fordert schnelle Entscheidungen bei der Randbebauung des **Tempelhofer Felds**. „Schon 2024 müssen die Ergebnisse des Ideenwettbewerbs vorliegen“, sagte **Stettner** dem Tagesspiegel. „Danach werden wir die Bürgerbeteiligung durchführen, damit wir bis Ende 20

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/es-gibt-keine-zeit-zu-verlieren-cdu-fraktionschef-stettner-will-entscheidung-zum-tempelhofer-feld-bis-2025-10320439.html>

Datum: 17.08.2023	Medium: Tagesspiegel Pankow Newsletter
<b>TAGESSPIEGEL</b>	Autor: Christian Latz Thema: Manuela Anders-Granitzki, Jörn Pasternack

**Amtshaus Buchholz: Sanierung dauert ein Jahr länger.** Die geplante Sanierung des Amtshauses Buchholz verzögert sich um ein Jahr. Das Nachbarschaftszentrum in der Berliner Straße in Französisch Buchholz wurde Ende 2022 geschlossen werden, um es instand zu setzen. Das Büro des Zentrums ist dafür temporär in den Rosenthaler Weg 32 am Hugentottenplatz umgezogen. Der Bezirk als Eigentümer plante Bauarbeiten von zwei Jahren ein. Doch: „Der Zeitplan für die Sanierung des Amtshauses hat sich nach hinten verschoben“, erklärte Bezirksstadtrat **Jörn Pasternack** (CDU) auf eine Anfrage der SPD-Verordneten **Ulrike Rosensky**.

**Denn bisher gibt es noch keine Baugenehmigung.** Laut Pasternack ergaben tiefergehende Untersuchungen „neue Erkenntnisse“ etwa bei der Statik des denkmalgeschützten Hauses. Außerdem müsse die Planung an neue Energie-Effizienz-Gesetz angepasst und mit den Denkmalschutzbehörden geklärt werden. Darüber hinaus müsse ein noch einmal neu ausgeschrieben werden, „welches für die Erteilung der Baugenehmigung essenziell ist“.

**Durch diese Verzögerungen** komme man „leider in die Winterzeit“, so Pasternack, „in der es nicht sinnvoll ist, mit den Hochbauarbeiten an der Gebäudehülle zu starten“. Daher sollen diese erst 2024 beginnen – also mit etwa einem Jahr Verzögerung. „Die Bauzeit verschiebt sich entsprechend nach hinten.“ Bedeutet: Mit einem Wiedereinzug des Nachbarschaftszentrums ist wohl erst 2026 zu rechnen.


**Poller sollen Autos stoppen: Rosenthaler Nesselweg wird umgebaut.** Wir bleiben beim Durchgangsverkehr: Jeder will schnell ans Ziel, doch keiner will den Lärm und die schlechte Luft der anderen schlucken. Jetzt soll es auch im Nesselweg in Rosenthal ruhiger werden. Die Einrichtung einer Tempo-30-Zone in der schmalen Straße reichte dafür offenbar nicht.

**Künftig sollen durchrauschende Autos** und Lkw deswegen mit Pollern gestoppt werden, teilt das Bezirksamt mit. Die Bauarbeiten sollen am Montag (21. August) beginnen und etwa eine Woche andauern. Die Durchfahrtsperre wird auf Höhe der Straße „An der Priesterkoppel“ eingerichtet. Alle Grundstücke sollen für die Anwohner weiter auch mit dem Auto erreichbar bleiben. Für Rettungs- und Entsorgungsfahrzeuge seien die Poller „bei Bedarf“ herausnehmbar.

**Das sei erforderlich**, „da der Nesselweg regelmäßig von Schleichverkehren zwischen den Hauptverkehrsachsen Friedrich-Engels-Straße und Schönhauser Straße genutzt wird“, sagt die zuständige Bezirksstadträtin **Manuela Anders-Granitzki** (CDU). Der Nesselweg sei aufgrund der engen Fahrbahn nicht für die inzwischen „sehr hohen Verkehrsmengen“ ausgelegt. So sollen Fahrzeuge „im Begegnungsfall“ sogar regelmäßig den schmalen Gehweg befahren haben – das führte laut der Stadträtin „zu ständigen Gefährdungen der Fußgängerinnen und Fußgänger – insbesondere der Kinder der anliegenden Kita“.

**Laut Anders-Granitzki soll durch die Poller-Sperre** nun „der Schutz der Bewohnerinnen und Bewohner vor Abgas- und Lärmbelastungen sowie die Sicherheit des Fuß- und Radverkehrs“ erhöht werden. Das wird die Anwohner des Nesselwegs freuen – andere PankowerInnen, gerade an größeren Straßen, hätten sicher auch nichts gegen etwas bessere Luft, weniger Krach und höhere Überlebenschancen.

**Es ist schon eine Krux mit dem Durchgangsverkehr**

Datum: 18.08.2023	Medium: B.Z. Online
	Autor: Stefan Peter Thema: Johannes Kraft

CDU weist Kritik zurück

## Schon wieder Streit um Finanzierung neuer Berliner Radwege

Von [Stefan Peter](#)

Mit einem freundlichen Post auf X (ehemals Twitter) wollte Verkehrssenatorin Manja Schreiner (45, CDU) die Rad-Aktivisten beruhigen – doch das gelingt ihr nicht. Die behaupten erneut, der Radwege-Ausbau in Berlin sei in Gefahr.

„Ich will niemanden umerziehen“, so [Schreiner](#). „Mein Ansatz ist es, vernünftige Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass immer mehr Menschen sich motiviert für ein öffentliches Verkehrsangebot entscheiden können.“

Bei den notorisch übel gelaunten Aktivisten des Grünen-nahen Vereins „Changing Cities“ kommt die Charme-Offensive nicht an. Schreiner plane im Haushalts-Entwurf für 2024/25 bei den Radwegen eine Kürzung von zehn Prozent gegenüber 2023. „Das Berliner Mobilitätsgesetz wird missachtet und unterlaufen“, so der Verein.

„Die Zahlenspiele von Changing Cities verwundern“, so eine Sprecherin der Verkehrsverwaltung. „Für die Fahrradwegeplanung stehen im Doppelhaushalt 2024/2025 rund 59 Millionen Euro zur Verfügung – im Vergleich zum Doppelhaushalt 2022/2023 fast das gleiche Niveau.“

Der Linke-Abgeordnete Kristian Ronneburg (36) hingegen sagt: „Gemessen am Ausbaubedarf sind die Mittel zu niedrig angesetzt. Hier kommt zum Tragen, dass Rot-Grün-Rot ja bereits mit der Projekteinheit Radwege das Ziel verfolgt hat, mit den Bezirken effektiver bei den Planungen voranzukommen. Leider gibt sich der aktuelle Senat dazu bedeckt, ob es mit der Projekteinheit weitergeht.“



**Manja Schreiner**

@SchreinerManja · Folgen



Mein Ansatz ist es, vernünftige Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass immer mehr Menschen sich motiviert für ein öffentliches Verkehrsangebot entscheiden können. Rahmenbedingungen u.a. auch dafür, dass die Berlinerinnen und Berliner sich auf Radwegen sicher fühlen können. ✓



9:17 nachm. · 16. Aug. 2023



❤ 141



Antworten



Link kopier.

[102 Antworten lesen](#)

**Verkehrs-Experte Johannes Kraft (45, CDU): „Die Zahlen des Vereins sind ein Taschenspieler-Trick. Es bleibt dabei: Die neue Koalition baut mehr Radwege als Rot-Grün-Rot!“**

*Will „Changing Cities“ die Stadt wieder mit regelmäßigen Rad-Demos lahmlegen, um sich Aufmerksamkeit zu verschaffen? Auf eine Anfrage der B.Z. antwortete der Verein nic*

Datum: 18.08.2023	Medium: Berliner Morgenpost
<b>Berliner Morgenpost</b>	Autor: Marc R. Hoffmann Thema: Manuela Anders-Granitzki

**VERKEHRSWENDE IN PANKOW**

# Nesselweg in Rosenthal wird für Autos gesperrt



18.08.2023, 16:36 | Lesedauer: 3 Minuten

**Marc R. Hoffmann**



Ähnlich wie im Komponistenviertel in Weißensee (Bild) soll die Sperrung des Nesselwegs in Rosenthal Schleichverkehr durch das Quartier unterbinden.

Foto: Thomas Schubert / Berliner Morgenpost

**Bezirksamt Pankow setzt Verkehrswende weiter um und sperrt den Nesselweg in Rosenthal für Autos. Dann geht es los.**

**Berlin.** Nach der chaotisch verlaufenen Einführung des Kiezblocks im Komponistenviertel in Weißensee setzt der



ANZEIGE



„Die Verkehrsbeschränkungen sind erforderlich, da der Nesselweg regelmäßig [von Schleichverkehren](#) zwischen den Hauptverkehrsachsen Friedrich-Engels-Straße und Schönhauser Straße genutzt wird“, erklärt die Bezirksstadträtin für Ordnung und Öffentlicher Raum, **Manuela Anders-Granitzki** (CDU).

„Dies führte zu ständigen Gefährdungen der Fußgängerinnen und Fußgänger – insbesondere der Kinder der anliegenden Kita“, so die Stadträtin.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

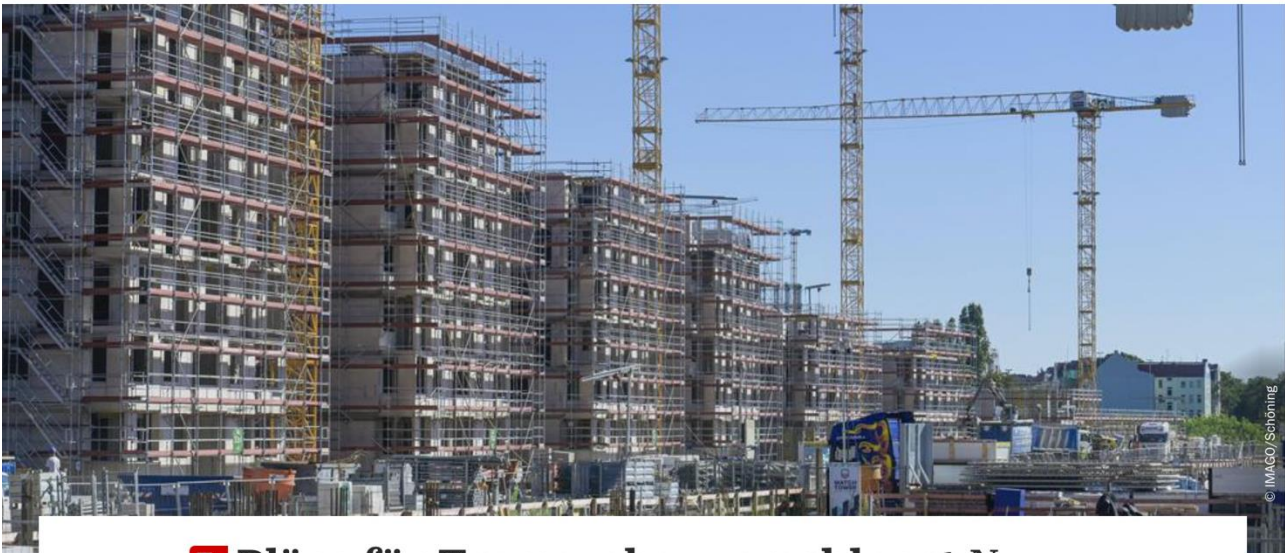
<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article239224187/Nesselweg-in-Rosenthal-wird-fuer-Autos-gesperrt.html>

Datum: 18.08.2023	Medium: Tagesspiegel
<b>TAGESSPIEGEL</b>	Autor: André Görke, Christian Hönicke, Christian Latz Thema: Lars Bocian

**T+** Politik Internationales Berlin Gesellschaft Wirtschaft Kultur Wissen Gesundheit Sport Meinun >

Bezirke Berliner Wirtschaft Polizei & Justiz Stadtleben Fahrrad & Verkehr Schule Nachrufe Checkpoint

 Berlin | Pläne für Tramausbau verschleppt: Neuen Quartieren am Berliner Stadtrand fehlt die Anbindung



## **T+** Pläne für Tramausbau verschleppt Neuen Quartieren am Berliner Stadtrand fehlt die Anbindung

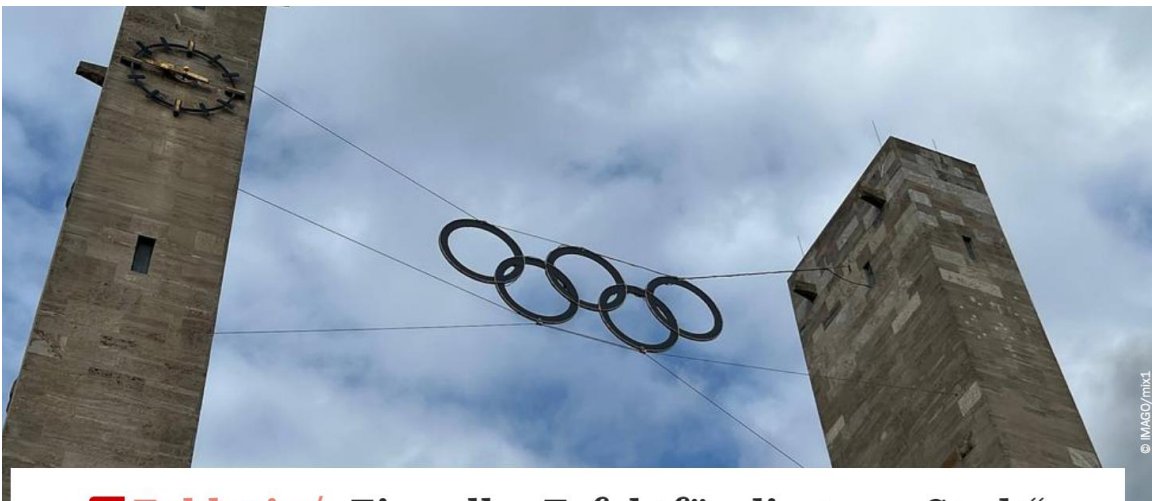
Am Berliner Stadtrand sollen tausende neue Wohnungen entstehen. Doch bei der Nahverkehrsanbindung geht fast nichts voran. Pendeln geht nur per Auto – oder die Viertel werden erst später gebaut.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/plane-fur-tramausbau-in-berlin-verschleppt-neuen-quartieren-am-stadtrand-fehlt-die-anbindung-10325485.html>

Datum: 19.08.2023	Medium: Tagesspiegel
<b>TAGESSPIEGEL</b>	Autor: Julius Betschka und Christian Latz Thema: Dirk Stettner



**T+ Exklusiv / „Ein voller Erfolg für die ganze Stadt“  
CDU-Fraktionschef Stettner für Olympia 2036 in Berlin**

In der Landesregierung wächst die Unterstützung, sich um die Austragung der Olympischen Spiele in Berlin zu bewerben. Dirk Stettner hält 2036 für ein gutes Datum. Doch in der SPD gibt es Zweifel.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU im Abgeordnetenhaus, **Dirk Stettner**, spricht sich **für eine Bewerbung Berlins um die [Austragung der Olympischen Spiele 2036](#)** aus. „Ich halte 2036 für ein gutes Jahr, um die Olympischen Spiele in Berlin auszurichten. Berlin und Deutschland haben sich seit 1936 stark gewandelt, Berlin ist heute eine offene Metropole, die Menschen aus der ganzen Welt anzieht. Genau das könnten wir mit einer Olympia-Bewerbung für das Jahr 2036 zum Ausdruck bringen“, sagte Stettner dem

Lieber Leser,


ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/ein-voller-erfolg-fur-die-ganze-stadt-cdu-fraktionschef-stettner-fur-olympia-2036-in-berlin-10333885.html>

Datum: 19.08.2023	Medium: Berliner Woche Print
<b>Berliner Woche</b>	Autor: Bernd Wähler Thema: CDU-Fraktion Pankow, Dr. Scharfenberg

## Kinder vor Gewalt im Netz schützen

**PANKOW.** Die CDU-Fraktion in der BVV will Kinder besser vor Gewalt im Internet schützen. In einem Antrag wird das Bezirksamt aufgefordert, mit den Trägern der Kinder- und Jugendhilfe regelmäßige Aktionstage zu den Problemfeldern Cybermobbing und Cybergrooming – der sexuellen Annäherung Erwachsener, die sich als gleichaltrig ausgeben – zu entwickeln und anzubieten. Das Medienkompetenzzentrum Pankow und die Präventionsbeauftragten der Polizei sollen einbezogen werden. „Cybermobbing und -grooming haben weiter zugenommen“, sagt Eva Scharfenberg. Es sei dringend geboten, mehr Präventionsarbeit zu leisten. „Dafür muss der Bezirk dem Medienkompetenzzentrum endlich mehr Geld bereitstellen.“ **uma**

Datum: 20.08.2023	Medium: Berliner Zeitung
	Autor: Jens Kalaene Thema: Dirk Stettner



RCHIV - Dirk Stettner (CDU), Fraktionsvorsitzender im Berliner Abgeordnetenhaus, spricht bei einem Interview.

Jens Kalaene/dpa

## Politiker sprechen sich für Olympia 2036 in Berlin aus

Der Berliner CDU-Fraktionsvorsitzende **Dirk Stettner** und Sportsenatorin Iris Spranger (SPD) haben sich für eine Bewerbung der Stadt um die Olympischen Spiele 2036 ausgesprochen. „Ich halte 2036 für ein gutes Jahr, um die Olympischen Spiele in Berlin auszurichten. Berlin und Deutschland haben sich seit 1936 stark gewandelt, Berlin ist heute eine offene Metropole, die Menschen aus der ganzen Welt anzieht“, sagte der 53-Jährige dem „Tagesspiegel“ (Sonntag). „Genau das könnten wir mit einer Olympia-Bewerbung für das Jahr 2036 zum Ausdruck bringen.“

Ähnlich äußerte sich Spranger in der Zeitung. Neben einem „nachhaltigen Konzept“ sei dabei auch klar, dass die Spiele neben Berlin an mehreren Standorten stattfinden müssten, sagte sie.

Das Jahr 2036 als Zeitpunkt ist nicht unumstritten, weil es genau 100 Jahre nach den Propagandaspielen der Nazis wäre. CDU und SPD haben in ihrem Koalitionsvertrag die Bereitschaft erklärt, „dass Berlin als ein Austragungsort im Rahmen einer möglichen nationalen Bewerbung mit einem nachhaltigen Konzept um die Durchführung von Olympischen und Paralympischen Sommerspielen in Deutschland zur Verfügung steht“.

„Auch zu einem anderen Zeitpunkt wäre eine Bewerbung für die Olympischen Spiele in Berlin absolut sinnvoll“, sagte Stettner. „Wir haben dafür hier von der Infrastruktur und den Sportstätten her die besten Voraussetzungen.“ Auch aus dem Berliner Sport gab es zuletzt Stimmen für eine Bewerbung.

Aktuell lotet der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) in einem Strategieprozess zunächst aus, ob eine Olympia-Bewerbung in der Bevölkerung nach zuletzt gescheiterten Versuchen mit München und Hamburg Zustimmung finden würde. Dazu wurde vom DOSB die Kampagne „Deine Idee. Deine Spiele“ gestartet.

Datum: 24.08.2023	Medium: Tagesspiegel Pankow Newsletter
<b>TAGESSPIEGEL</b>	Autor: Christian Latz Thema: Manuela Anders-Granitzki, Jörn Pasternack

**Wird das Baden im Weißen See komplett verboten?** Eine Badestelle, eher zwei – oder überhaupt keine mehr? Die Zukunft des Sees als Badegewässer ist offener denn je. [Weil der Wasserpegel durch Verdunstung seit Jahrzehnten immer weiter sinkt](#), prüft das Bezirksamt wie berichtet, mit der Einleitung von Regenwasser aus dem Kanalnetz der Umgebung nachzuhelfen. Bis 2020 wurde Trinkwasser dafür verwendet, seither Grundwasser, [was Pankow aus Umweltschutz- und Ressourcengründen jedoch für nicht mehr vertretbar hält](#).

**Dazu haben die Berliner Wasserbetriebe** bereits ein Gutachten in Auftrag gegeben, berichtet nun die zuständige Bezirksstadträtin **Manuela Anders-Granitzki** (CDU) auf die Anfrage des SPD-Politikers **Mike Szidat**. Eine wichtige Frage sei dabei die Qualität des Niederschlagswassers, „um Auswirkungen auf die ökologische und hygienische Wasserqualität abzuschätzen“.

**Denn wenn das zugeleitete Wasser** trotz Bodenfilterung nicht sauber genug ist, könnte dies womöglich das Aus fürs Baden im Weißen See bedeuten. „Oberstes Ziel ist es, weiterhin den Anforderungen der Badegewässerqualität zu genügen“, so Anders-Granitzki. „Wenn dies nicht gelingt, könnte überhaupt kein weiterer Badebetrieb genehmigt werden, unabhängig an welcher Stelle.“

**Der Park am Weißen See** soll ab dem kommenden Jahr saniert und umgestaltet werden. 2024/2025 ist zunächst der nördliche Teil an der Reihe, dafür gibt es knapp 2 Millionen Euro vom Bund. Der Bezirk plant dabei drei „Schwerpunktmaßnahmen“: Ufer sichern, Parkbeleuchtung auf LED umstellen und Parkwege erneuern.

**Die größte Herausforderung wird dabei das Ufer.** Hier sollen sensible Gewässerbereiche vor „der unregelmäßigen Ausübung von Freizeitnutzungen“ geschützt werden. „Zur Erreichung dieser Ziele ist die Uferbepflanzung ein wesentlicher Baustein“, berichtet **Anders-Granitzki**.

**Konkret soll ein Schilfgürtel** (wieder) angepflanzt werden, [der dann mit Zäunen vor Wildbadern gesichert werden soll](#). „Eine räumliche Trennung zwischen ökologisch schützenswerten Uferbereichen und Bereichen, wo ein Aufenthalt durch Parkbesucher akzeptabel oder gewünscht ist, ist das A und O der Ufersicherung“, so die Stadträtin. „Durch partielle Einzäunungen, Schaffung von Aufenthaltsbereichen, Sitzgelegenheiten und Sichtfenstern zum See wird eine nachvollziehbare Besucherlenkung am Uferweg gestaltet.“

**Das Wildbaden und die Übernutzung** des Parks am Weißen See [haben sich nach Jahrzehnten des behördlichen Wegsehens etabliert](#). Bisher hat der Bezirk wenig Erfolg dabei, die Auswüchse zu bekämpfen. Auch in diesem Jahr sind bereits wieder mehrere Menschen im Weißen See ertrunken.

**Die neu aufgestellten, pinkfarbenen Hinweisschilder**, die auf allerlei Verbote und die Badeerlaubnis nur im Strandbad aufmerksam machen, werden immer wieder abgerissen. Zwar würden die Besucher die Regeln aufgrund der Schilder „zunehmend besser erfassen, aber sich häufig nicht dauerhaft daran gebunden fühlen“, berichtet die Stadträtin.

**Immerhin sei bei Patrouillen des Ordnungsamts** inzwischen „vorübergehend festzustellen, dass Hunde angeleint werden oder Rad fahrende Personen absteigen und ihr Rad schieben“, so **Anders-Granitzki**. „Erkenntnis ist bekanntlich der erste Schritt zur Einsicht.“

**Auch die regelmäßig durchgeführten Schwerpunktkontrollen** hätten die „Akzeptanz für die Notwendigkeit von Regeln unter den Parknutzenden sukzessive erhöht“. Laut der Stadträtin gebe es weniger Radler im Park. Auch gewerbliche Hundeservice-Anbieter scheinen den Park demnach nicht mehr zu nutzen.

**Doch das Wildbaden wollen sich viele Menschen** offenbar nicht so einfach nehmen lassen. Das Verbot stoße bei „Badetouristen aus anderen Teilen der Stadt“ auf wenig Akzeptanz. Etwa 20 Prozent der Badenden würden darin „eine ‚Schikane der Stadtverwaltung‘ sehen und diese grundsätzlich ablehnen“, sagt **Anders-Granitzki**. Ob Zäune künftig daran etwas ändern, ist die Frage.

**Die Stadträtin hatte zudem die Einrichtung** einer zweiten offiziellen Badestelle als „gute Idee“ bezeichnet, um ein weiteres Angebot zu machen. Doch dazu muss es nicht kommen, erklärt sie nun. „Planung und Umsetzung einer zweiten Badestelle sind nicht Bestandteil der geförderten Parksanierung.“

**Die Bewertung und Entscheidung** für oder gegen eine weitere Badestelle hänge unter anderem vom Naturschutz sowie rechtlichen Aspekten wie der Sicherstellung einer Badeaufsicht oder geeigneter Infrastruktur ab. Eine Badestelle würde sich zudem meist ausbreiten und dann auch die geschützten benachbarten Uferabschnitte belasten. „Ein Zurückfallen in den jetzigen Zustand ist unbedingt zu vermeiden.“

**Ein Schlüsselfaktor für die Zukunft des Sees** ist die Wasserqualität. Diese soll einerseits „durch ein langjähriges, regelmäßiges Monitoring“ erfasst werden. Fachgutachten sollen zudem klären, wie viele badende Menschen der See dauerhaft bewältigen kann und wie sich eine Zufuhr von Niederschlagswasser auswirken würde. Es könne „nicht ausgeschlossen werden“, dass eine zweite Badestelle sich „erheblich“ negativ auf den See auswirken könne, sagt **Anders-Granitzki**.

**Das sieht auch Mike Szidat so.** Das dauerhafte Wildbaden „muss zum Schutz des Sees und seiner Uferbereiche unterbunden werden“, sagt der SPD-Politiker. „Abzulehnen ist vor allem aber der Plan der Stadträtin, vor der Übernutzung des Sees zu kapitulieren und ein zweites Strandbad mit bis zu 500 zusätzlichen Badenden einrichten zu wollen.“ Zum Glück werde dieses Ansinnen auch vom Fachamt selbst kritisch gesehen, „würde dies doch den ohnehin bereits stark gefährdeten See noch weiter belasten“.

**Generell sei die Sanierung des Parks am Weißen See mit Millioneninvestition „nur dann sinnvoll und dauerhaft, wenn auch weiterhin verstärkt auf die Einhaltung der Parkregeln gedrängt wird“, so Szidat**

**Straßenschäden durch "Letzte Generation": Pankow bleibt wohl auf Kosten sitzen.** Der Bezirk Pankow könnte auf einem Großteil der Kosten durch die Straßenklebeaktionen der „Letzten Generation“ sitzen bleiben. Die zuständige Bezirksstadträtin **Manuela Anders-Granitzki** (CDU) hatte unlängst angekündigt, die Gruppe der Klimaaktivisten für die dabei entstandenen Straßenschäden [regresspflichtig machen zu wollen](#). Doch nun zeigt sich: Das ist gar nicht so einfach.

**Denn die „Letzte Generation“** ist kein Verein und auch keine Firma und somit als Institution kein rechtlicher Ansprechpartner für das Bezirksamt, erklärte die Stadträtin auf eine Anfrage des FDP-Verordneten **Oliver Simon**. Auf die Frage, wie die Aktivistengruppe einzustufen sei, antwortete sie: „Es gibt im Verwaltungshandeln keine derartige Definition.“

**Zwar will der Bezirk das Verursacherprinzip durchsetzen** – doch ihm fehlt der Adressat. „Vorsorglich wurde Anzeige gegen Unbekannt erstattet und ein Leistungsbescheid als juristische Grundlage dafür erstellt, dass gegen die noch zu ermittelnden Verursacher rechtlich vorgegangen werden kann“, so **Anders-Granitzki**. Womöglich muss der Bezirk am Ende die einzelnen Aktivisten mit seinen Kostenforderungen konfrontieren. Man bereite sich darauf vor, dass „im Wege der Ersatzvornahme einzelne Verursacher zur Kostenerstattung aufgefordert werden können“. **Die Stadträtin legte auch** einen aktualisierten Aktions- und Kostenbericht vor.

Demnach kamen zu den von der Polizei dokumentierten 56 Aktionen im Bezirk Pankow ab Mai weitere neun hinzu, erneut vor allem in Prenzlauer Berg. Dabei kleben die AktivistInnen ihre Hände in der Regel an der Straße fest. Die Behörden fräsen sie dann wieder los, was den Asphalt beschädigt. Zuletzt schätzte **Anders-Granitzki** die

aufgelaufenen Kosten für die Wiederherstellung der Pankower Straßen insgesamt auf rund 15.000 Euro.

**Nun erklärte die CDU-Politikerin, dass die tatsächlichen Reparaturkosten pro Loch „für die endgültige bzw. dauerhafte Wiederherstellung“ 2900 Euro betragen. Bei insgesamt 65 dokumentierten Löchern in Pankow würden sich demnach Gesamt-Reparaturkosten von 188.500 Euro ergeben**


**Verzögerung in der Ossietzkystraße: Pollersperrung kommt wohl erst im November.** Wann werden eigentlich die Stargarder und Ossietzkystraße mit Pollern abgeriegelt? Den Plan hegt das Bezirksamt in beiden Fahrradstraßen schon länger, wir haben mehrfach darüber berichtet. Verkehrszählungen ergaben, dass sich viele ortsfremde Autofahrer nicht an das Durchfahrtsverbot halten. Täglich gibt es nach Angaben des Bezirks in beiden Straßen [tausende solcher illegalen Durchfahrten](#).

**Deshalb sind Poller als Blockade geplant.** Im Fall der Ossietzkystraße ging die zuständige Bezirksstadträtin **Manuela Anders-Granitzki** (CDU) noch im Mai davon aus, „dass die bauliche Umsetzung im Spätsommer 2023 erfolgen könnte“. Doch der Herbst rückt näher – und es tut sich nichts.

**Auf Nachfrage teilte die Stadträtin nun mit:** Der Beginn der Bauarbeiten wird sich verzögern und wohl „frühestens im Oktober 2023, die Sperrung wohl eher im November 2023 erfolgen“. Aktuell werte der Bezirk die Angebote der Baufirmen aus, der Auftrag soll laut der Stadträtin in der kommenden Woche vergeben werden.

**Anders-Granitzki** hatte den Bau des „Modalfilters“ am Schlosspark Schönhausen in Höhe Majakowskiring nach jahrelanger Debatte veranlasst – gegen den Widerspruch der Polizei. Man wolle aber deren Bedenken „aufnehmen und dem Lieferverkehr eine Wendemöglichkeit per Wendehammer bauen“.

**Auch die Stargarder Straße** soll auf Höhe der Gethsemanekirche [mit einem Modalfilter gegen den Durchgangsverkehr geschützt werden](#). Laut der Stadträtin ist dafür ebenfalls ein Anhörungsverfahren mit der Polizei geplant. Wann das sein könnte, ist derzeit noch unklar: „Hierzu liegt uns noch keine belastbare Aussage vor.“

Datum: 25.08.2023	Medium: Berliner Zeitung
	Autor: Sabine Gudath Thema: Dirk Stettner

## Marzahn soll eine weitere Flüchtlingsunterkunft bekommen – mitten in der Platte

Immer mehr Flüchtlinge und Asylbewerber kommen nach Berlin. Viele von ihnen werden im Osten untergebracht. Ausgerechnet dort ist nun ein neuer Standort geplant.




Berlin wird immer voller – Tag für Tag, Woche für Woche, Monat für Monat. Es kommen Menschen, die unter anderem wegen eines Jobs in die Stadt ziehen. Es kommen Menschen, die vor dem Krieg in der [Ukraine](#) fliehen.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/asyl-marzahn-soll-eine-weitere-fluechtlingsunterkunft-bekommen-mitten-in-der-platte-li.382021>

Datum: 25.08.2023	Medium: Berliner Morgenpost
<b>Berliner  Morgenpost</b>	Autor: Thomas Schubert Thema: Johannes Kraft

## U2-Desaster zu Ende: Die Lehren aus Berlins U-Bahn-Drama **M+**



25.08.2023, 15:33 | Lesedauer: 6 Minuten  
Thomas Schubert



Zurück zur Normalität für Zehntausende Berliner: Die U2 fährt nach fast elf Monaten Pendeln wieder normal. Kritiker rechnen ab.

„Bei allem Ärger, den wir in den letzten Monaten hatten, muss man die BVG und andere Beteiligte loben, dass der Zeitplan für die Tunnelreparatur am Alexanderplatz eingehalten wurde sagt [CDU-Verkehrsexperte Johannes Kraft](#).

„Bei solchen Vorhaben kann es nicht wahr sein, dass Prüfungen für mögliche Risiken an Stadtentwicklungsämtern in den Bezirken hängen bleiben. Es braucht beim Senat eine Stelle, die sich um womöglich kritische Vorhaben kümmert. Bei einem Hochhausbau müssen andere Maßstäbe gelten, als bei kleineren bezirklichen Vorhaben“, urteilt Kraft.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article239279721/u2-u-bahn-bvg-berlin-alexanderplatz-covivio-pendelverkehr.html>

Datum: 26.08.2023	Medium: Berliner Woche Print
<b>Berliner Woche</b>	Autor: Bernd Wähler Thema: Manuela Anders-Granitzki

## Kein Durchgangsverkehr mehr

**ROSENTHAL:** Nesselweg wird mit Pollerreihe abgesperrt

von Ulrike Martin

**Der Nesselweg wird sicherer. Vor wenigen Tagen haben Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung begonnen.**

Auf Höhe der Straße An der Priesterkoppel kommt eine Reihe von Pollern in die Erde. Dadurch wird der Nesselweg für den Durchgangsverkehr gesperrt. Die Grundstücke der Anwohner bleiben weiterhin auch mit dem Auto erreichbar. Rettungskräfte und Fahrzeuge der Müllabfuhr können die

Poller aber bei Bedarf herausnehmen.

Die Beschränkungen sind notwendig, da der Nesselweg regelmäßig als Schleichweg zwischen den Hauptverkehrsachsen Friedrich-Engels-Straße und Schönhauser Straße genutzt wird, wie Manuela Anders-Granitzki (CDU), Stadträtin für Ordnung und Öffentlicher Raum, erläutert. Der Nesselweg sei aber aufgrund der engen Fahrbahn nicht für die hier festgestellten sehr hohen Verkehrsmengen ausgelegt.

Und Autos hätten im Begegnungsfall regelmäßig die Gehwege befahren. „Dies führte zu ständigen Gefährdungen der Fußgängerinnen und Fußgänger, insbesondere der Kinder der anliegenden Kita“, so die Stadträtin weiter. Die Maßnahme sei auch erforderlich, um weitere Schäden an der Straße zu verhindern.

Mit der Einrichtung der Durchfahrtsperre werde der eigentliche Zweck – der Schutz der Bewohner vor Abgasen und Lärm sowie die Sicherheit des

Fuß- und Radverkehrs – wiederhergestellt. Dieser Zweck sollte bereits mit der dort eingerichteten Tempo-30-Zone erreicht werden. Mit der Errichtung der Poller setzt das Bezirksamt einen Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung von 2021 um. Vorausgegangen war ein Einwohnerantrag des Bürgervereins Dorf Rosenthal. Die Anwohner sorgten sich nicht nur wegen der befahrenen Gehwege, auch die zulässige Höchstgeschwindigkeit von 30 Stundenkilometern wurde oft nicht eingehalten.

Datum: 26.08.2023	Medium: Berliner Woche Print
<b>Berliner Woche</b>	Autor: Bernd Wähler Thema: Manja Schreiner

## Pakete per Solarschiff

**BERLIN:** Transport auf dem Wasser ausbauen

von Dirk Jericho

Seit vergangenen Oktober schippert die Deutsche Post DHL in einem deutschlandweit ersten Pilotprojekt mit einem elektrisch angetriebenen Solarschiff täglich Hunderte Sendungen vom Südhafen Spandau zum Westhafen. Jetzt will der Logistikkonzern die Solarschiff-Route erweitern.

10,50 Meter lang und 2,50 Meter breit: Das gelbe DHL-Paket-schiff gleitet geräuschlos mit Sonnenstrom über die Spree. Der Testbetrieb für den Pakettransport auf dem Wasser ist erfolgreich; DHL will das Projekt mit dem Solarschiff verlängern und eine zweite Route aufbauen. Details dazu wurden auf einer Pressekonferenz am 24. August mit Umweltsenatorin Manja Schreiner (CDU) vorgestellt (nach Redaktionsschluss). Beim Projektstart 2022 hatte DHL gesagt, bei erfolgreichem Testbetrieb die Solarschiffsflotte auszubauen und die Transportroute von Spandau über den Westhafen nach Neukölln und Mariendorf zu erweitern.

Das umweltfreundliche Solarschiff ist von der Reederei Solarwaterworld AG, die Solar-



Das Solarschiff der DHL transportiert Pakete seit Oktober über die Spree. Foto: Jens Schlüter

boote entwickelt und vermietet. „Wir sind weltweit der Pionier der solarelektrischen Schifffahrt und haben uns die umweltfreundliche Fortbewegung auf dem Wasser zum Ziel gesetzt“, sagte Reeder Tim-Derek Schultze zum Start des DHL-Bootes im Oktober. Neben Mietbooten und Charterschiffen war das der Einstieg in die Güterbeförderung. Der Transportweg der Pakete beginnt im Paketzentrum Börmicke. Von dort bringt ein Lkw bis zu 250 Pakete in den Südhafen Spandau. Diese werden dort auf das Solarschiff verladen und zum Westhafen transportiert. Vom Westhafen aus werden die Pakete dann zu den Kunden gebracht – mit elektrischen Lastenrädern.

Datum: 28.08.2023	Medium: Tagesspiegel
<b>TAGESSPIEGEL</b>	Autor: Christian Latz und Julius Betschka Thema: Dirk Stettner



## **T+** **Exklusiv / Politik-Ferien sind vorbei** CDU und SPD wollen Umbau Berlins mit 50 Anträgen vorantreiben

Der ungewöhnliche Zeitpunkt der Wiederholungswahl führte zu politischem Stillstand wenige Wochen nach der Wahl. CDU-Fraktionschef Dirk Stettner kündigt jetzt viele Vorhaben in kurzer Zeit an.

CDU und SPD wollen in den kommenden Wochen mit mehr als 50 Initiativen **den Umbau Berlins in ihrem Sinne** vorantreiben. **CDU-Fraktionschef Dirk Stettner** sagte dem Tagesspiegel am Sonntag: „Nach dem Sofortprogramm des Senats werden wir mit dem ‚Aufbruch für Berlin‘ schwerpunktmäßig für **mehr Sicherheit, mehr Mobilität, beschleunigtes Bauen und mehr demokratische Beteiligung Jugendlicher** sorgen.“ Dafür werde die Koalition „in den nächsten Wochen mit über 50 Initiativen den

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/politik-ferien-sind-vorbei-cdu-und-spd-wollen-umbau-berlins-mit-50-antragen-vorantreiben-10372576.html>

Datum: 31.08.2023	Medium: Tagesspiegel Pankow Newsletter
<b>TAGESSPIEGEL</b>	Autor: Christian Latz Thema: Manja Schreiner, Manuela Anders-Granitzki

**Umbau der Schönhauser Allee: Nächste Woche geht es los.** Ein letztes Mal wurde der Umbau der Schönhauser Allee in Berlin noch verschoben – nun aber steht der Starttermin fest. Die InfraVelo GmbH bestätigte auf Tagesspiegel-Anfrage, dass die neuen geschützten Radstreifen ab der ersten Septemberwoche angelegt werden sollen. „Der Baustart wird in der kommenden Woche sein“, erklärte eine Sprecherin des landeseigenen Unternehmens. Zuletzt hatte die Senatsverkehrsverwaltung noch erklärt: „Der abschnittsweise Umbau der Schönhauser Allee soll im August 2023 beginnen.“ Doch das klappte nicht ganz – nun soll es einige Tage später losgehen.

**Die InfraVelo verantwortet die Einrichtung** eines Radfahrstreifens auf dem Abschnitt zwischen Eberswalder/Danziger Straße und Gleim-/Stargarder Straße. Die Fertigstellung und Inbetriebnahme der Radfahrstreifen ist für das 4. Quartal 2023 geplant. Nach aktuellem Planungsstand entsteht auf dem 720 Meter langen Abschnitt in Prenzlauer Berg ein mit Betonborden geschützter Radstreifen. Dafür entfallen mehr als 100 Autoparkplätze auf den Seitenstreifen. Insgesamt soll der Umbau rund eine Million Euro kosten.

**Zuletzt stand das Projekt auf der Kippe**, weil Berlins neue Verkehrssenatorin **Manja Schreiner** (CDU) alle Bezirke zu einem temporären Plan- und Baustopp für Radinfrastruktur aufgefordert hatte. Nach ihren Angaben sollten diese Vorhaben „überprüft“ und „priorisiert“ werden. Wie es mit dem Rest der Schönhauser Allee weitergeht, ist dagegen noch unklar. „Welche Abschnitte der Schönhauser Allee in welcher Reihenfolge weiter geplant und gebaut werden, steht zum heutigen Zeitpunkt nicht fest“, erklärte das Bezirksamt Pankow auf Nachfrage der Grünen-Politikerin **Oda Hassepaß**.

**Derzeit befinde sich lediglich** der nördlich benachbarte Teilabschnitt der Schönhauser-Allee-Brücke in Abstimmung zwischen Senat und Bezirk. Die Brücke soll ab 2025 abgerissen und bis 2030 durch einen Neubau ersetzt werden. Die Anlage eines neuen Radstreifens müsste dabei mitgeplant werden. „Weitere Abschnitte der Schönhauser Allee werden derzeit vom Bezirk nicht aktiv geplant“, so das Bezirksamt. – Text: **Christian Hönicke**

**U-Bahn nach Weißensee: Verkehrssenatorin Schreiner will Ausbau prüfen.**

Wir bleiben beim Thema Verkehr. Wird es eine neue U-Bahnlinie ab Alexanderplatz geben? Verkehrssenatorin **Manja Schreiner** (CDU) will den Ausbau des Berliner U-Bahn-Netzes vorantreiben und auch eine neue Linie nach Weißensee prüfen. „Zu den möglichen Projekten gehört die U10 vom Alexanderplatz nach Weißensee, für die wir eine Machbarkeitsuntersuchung planen“, sagte die CDU-Politikerin der „Berliner Zeitung“. „Denkbar wären auch die Verlängerung der U2 in Pankow, und der Weiterbau der U9 über Osloer Straße hinaus auf Pankower Gebiet ist eine ernsthafte Option.“

**Das Berliner U-Bahn-Netz umfasst knapp 147 Kilometer und 175 Bahnhöfe.**

Erweiterungen werden bereits geplant beziehungsweise geprüft: Für eine Verlängerung der U7 von Rudow bis zum Flughafen BER ist eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung angedacht. Auch [über eine Verlängerung vom Rathaus Spandau bis in die Großsiedlung Heerstraße Nord](#) wird immer wieder diskutiert. [Derzeit läuft dazu laut Schreiner eine Grundlagenuntersuchung](#). Auch eine Verlängerung der U8 von Wittenau ins Märkische Viertel und der U3 von Krumme Lanke zum Mexikoplatz sind regelmäßig Thema. (dpa)

**Schulwegsicherheit für ABC-Schützen - Ordnungsamt kontrolliert.** An diesem Samstag werden allein in unserem Bezirk über 4000 Kinder in 55 Grundschulen eingeschult. Weil viele von ihnen ihren Schulweg auch ohne ihre Eltern zurücklegen müssen, sind sie ganz besonders gefährdet. Deshalb ruft die Bezirksstadträtin für Ordnung und Öffentlichen Raum, **Manuela Anders-Granitzki** (CDU), zu Vorsicht und Rücksicht auf. Sie wendet sich insbesondere an diejenigen Eltern, die ihre Kinder mit dem Auto zur Schule bringen. „Für Kinder ist das angepasste und sichere Verhalten im Straßenverkehr eine große Herausforderung. Sie können Fahrzeuge oft nicht rechtzeitig erkennen, Entfernungen und Geschwindigkeiten nicht korrekt einschätzen und reagieren mitunter anders, als Erwachsene es erwarten“, erklärt die Stadträtin. „Daher bitte ich alle Verkehrsteilnehmenden, vor allem in den Tagen nach der Einschulung, gerade im näheren Umfeld von Grundschulen, um gesteigerte Aufmerksamkeit. Fahren Sie langsam und unterlassen Sie insbesondere das ohnehin verbotene Halten und Parken unmittelbar vor den Schulen.“

**Verstärkte Kontrollen des Ordnungsamtes.** Zudem kündigt sie an, dass zum Beginn des neuen Schuljahres bei Schwerpunktkontrollen vor den Grundschulen bestehende Halteverbote und Kreuzungs- und Einmündungsbereiche im unmittelbaren Umfeld kontrolliert werden